

STÄDTE- UND GEMEINDEBUND SACHSEN-ANHALT



SGSA, Postfach 4009, 39015 Magdeburg

Per E-Mail an die

- Kreisfreien Städte
- hauptamtlich geführten Städte und Gemeinden
- Verbandsgemeinden

im Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt

Städte- und Gemeindebund
Sachsen-Anhalt (SGSA)
- Landesgeschäftsstelle -
Sternstraße 3, 39104 Magdeburg

Telefon: 0391 5924-300
Telefax: 0391 5924-444

E-Mail: post@sgsa.info
Internet: www.kommunales-sachsen-anhalt.de

IBAN: DE56 8105 3272 0036 0029 00
BIC/SWIFT: NOLADE21MDG

Auskunft erteilt: Frau Becker
Durchwahl: 0391 5924-350

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen
10-13-64 / be-kr

Datum
22.09.2016

Erster Entwurf der Stellungnahme der Fachkommission für Kohäsionspolitik und EU-Haushalt zur Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2020

Bitte um Vorschläge zum Bürokratieabbau und zur Verwaltungsvereinfachung beim Einsatz der europäischen Fonds

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir nehmen Bezug auf die 14. Mitgliederversammlung des SGSA am 19.09.2016 in der Lutherstadt Wittenberg.

Die Veranstaltung stand unter dem Motto: „Quo Vadis Europa“ – Erstickt die EU in nationalen Egoismen und europäischer Bürokratie?

Staatssekretär Dr. Schneider, zugleich Fraktionsvorsitzender der Europäischen Volkspartei (EVP) im Europäischen Ausschuss der Regionen (ADR) – einer Versammlung der Regional- und Kommunalvertreter der Europäischen Union, die den subnationalen Gebietskörperschaften (d.h. Regionen, Bezirken, Provinzen, Städten und Gemeinden) im institutionellen Gefüge der EU unmittelbar Gehör verschafft – referierte zu dem Thema: „Auf der Suche nach einem schlanken Verwaltungsverfahren! Die Zukunft der europäischen Förderung und Perspektiven nach 2020“.

Nach den Ausführungen von Staatssekretär Dr. Schneider hat die EU-Förderpolitik eine derartige Komplexität erreicht, dass sie Gefahr läuft, sich selbst in Frage zu stellen. Es sei zu befürchten, dass die EU-Fonds sich von der Förderpolitik der Mitgliedstaaten und Regionen abkoppeln und die Komplexität in keinem angemessenen Verhältnis mehr zum planerischen Mehrwert stehe. Es bestehe die Gefahr, dass die EU-Förderung auch in den Augen der Bürger nicht mehr als Erfolgsfaktor wahrgenommen würde, sondern als Symbol für behauptete Bürgerferne der EU.

Sachsen-Anhalt habe sich in den vergangenen Förderperioden frühzeitig in die Debatte über die Zukunft der EU-Kohäsionspolitik eingebracht. Derzeit läge der Schwerpunkt der Aktivitäten auf der Erarbeitung der Stellungnahme des ADR zur Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2020, die im Frühjahr 2017 beschlossen werde und in den 7. Kohäsionsbericht der Kommission einfließen solle.

Besonders wichtig sei das Thema Bürokratieabbau und Verwaltungsvereinfachung sowohl für die Endbegünstigten als auch für die Verwaltungen auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene. Es komme darauf an, frühzeitig und deutlich zu sagen, dass es so nicht weitergehen könne. In dem ersten Entwurf einer Stellungnahme der Fachkommission für Kohäsionspolitik und EU-Haushalt zur Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2020 hat Staatssekretär Dr. Schneider Ansätze für Verwaltungs- und Bürokratieabbau unterbreitet.

Im Nachgang der Mitgliederversammlung hat uns Staatssekretär Dr. Schneider den Entwurf einer Stellungnahme der Fachkommission für Kohäsionspolitik und EU-Haushalt zur Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2020 zur Verfügung gestellt und angeregt, konkrete Vorschläge zum Bürokratieabbau und zur Verwaltungsvereinfachung beim Einsatz der europäischen Fonds mitzuteilen.

Wegen den Einzelheiten verweisen wir auf den als **Anlage** beigefügten Entwurf einer Stellungnahme der Fachkommission für Kohäsionspolitik und EU-Haushalt zur Zukunft der Kohäsionspolitik nach 2020.

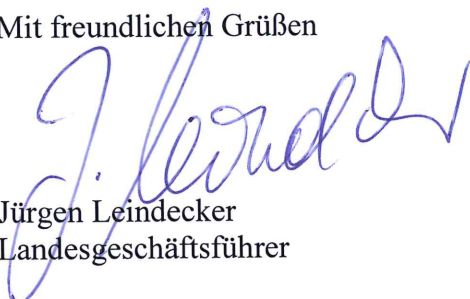
Ihre bestehenden Vorschläge zum Bürokratieabbau und zur Verwaltungsvereinfachung beim Einsatz der europäischen Fonds bitten wir bis zum

31.10.2016

per E-Mail (k.becker@sgsa.info) an die Landesgeschäftsstelle zu senden.

Wir werden Ihre Vorschläge sodann als Ideensammlung an Staatssekretär Dr. Schneider zur weiteren Verwendung weiterleiten.

Mit freundlichen Grüßen



Jürgen Leindecker
Landesgeschäftsführer

Anlage